

# Auf zur Reichstagswahl!

## An die Wähler des Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von dem Tage, an dem das deutsche Volk berufen sein wird, sein Urteil zu fällen über jene unselige Politik der **Volkspowerung und Volkserziehung**.

Die Wähler haben am 25. Januar darüber zu entscheiden, ob diese Politik in verschärfter Weise weitergeführt werden soll, oder nicht. Es ist eine Irreführung der Wähler, wenn die Gegner behaupten, es handele sich um Deutschlands Ansehen in der Welt, um die Niedermegung des Hottentotten-Kuffstundes. Das aufgepeitschte, in den Aufstand gehetzte Naturvolk hat sich ergeben, und ist damit den Kolonialschwarzern ihre Wahlparole zu nichte geworden. Wenn man trotzdem mit dem nationalen Wan-Wau das Volk zu hypnotisieren versucht, so zeigt dieses, für wie dumm man die Deutschen Wähler hält. Dieses „nationale Geschrei“ ist nur darauf berechnet, die Wähler von den wichtigsten Fragen abzulenken und ihnen vergehen zu machen, in welcher freiwäler Weise sich die bürgerlichen Parteien an dem Volke verständig haben.

Es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik, sondern darum

**wie die gesamte innere und äußere Politik des Reiches für die Zukunft sein soll!**

Die Unzufriedenheit und die Gährung ist im Reich verbreitet. Der **Wahlkampf** und seine Vorgänger haben eine Politik vererbt, die für die **Wahlbarkeit** der Nation verwerflich war. Die Mehrheit des im Jahre 1903 zu Grabe gegangenen Reichstages hat einen Zolltarif geschaffen, der eine

### gewaltige Teuerung aller Lebensmittel

notwendig hervorrufen mußte. Die Wirkungen dieses Zolltarifs liegen heute Allen sichtbar vor Augen und der **jetzt aufgelöste Reichstag** billigte diese Teuerungspolitik.

Die Wirkungen dieser Politik werden noch verschärft durch die seit Jahren geübte **Absperzungspolitik** der verübten Regierungen in Bezug auf die Einfuhr von lebendem Vieh und Fleischwaren aller Art. Es ist ein starkes Stück, wenn die beiden sich Arbeiterkandidaten nennenden Herren **Samader** und **Kasslenbeul** behaupten, die heute bestehende Fleischnot sei nicht als Folge dieser Absperzurmaßregeln und unserer Zollpolitik aufzufassen, wo doch zu Tausenden Malen nachgewiesen wurde, daß **Deutschland die höchsten Brot- und Fleischpreise** hat.

Diese Verteuerungspolitik, die auf Kosten der ungeheuren Mehrheit des Volkes zum Vorteil einer agrarischen Minderheit betrieben wird, ist keine vorübergehende, sondern eine **dauernde und wachsende Erscheinung**.

**Diese Auspendung der unteren Klassen kann nur gehemmt werden, wenn die Wähler Vertreter in den Reichstag entsenden, welche mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen das heutige System aufzunehmen bereit sind.**

Mit der Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse durch unsere Zoll- und Agrarpolitik für die große Volksmehrheit geht Hand in Hand die **Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern** auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse, wie sie namentlich der gewesene Reichstag im Frühjahr 1906 beschloffen hat.

Durch die steigenden Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonialpolitik steigen naturgemäß

### die Schulden und Steuerlasten

ins ungeheuerliche.

Der Etat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden konnte, weist eine **sehr erhebliche Erhöhung der finanziellen Lasten** auf. Der Militär-Etat fordert einschließlich der einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund **799 Millionen Mark**, gegen das Vorjahr mehr rund **51 Millionen Mark**. Der Marineetat fordert insgesamt **291 Millionen Mark**, gegen 1906 mehr **24 1/2 Mill.** Der Pensionsfonds ist gestiegen von **97 auf 103 Millionen Mark**. Die Verzinzung der Reichsschuld soll in diesem Jahre um **9 Millionen** wachsen, mit anderen Worten: **Es sollen um 264 Millionen Mark neue Schulden gemacht werden.**

Die Schulden des Reiches sind seit 1888, dem Jahre, in dem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, von **721 Millionen Mark auf 3800 Millionen Mark im Jahre 1906** gestiegen. Sie werden in diesem Jahre das vierte Tausend übersteigen, und die Zinsen werden auf **136 Millionen Mark** anwachsen.

Die Schuldenlast wächst trotz der bedeutend erhöhten Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel durch den **Zolltarif** von 1902 und trotz der im laufenden Jahre bewilligten neuen Steuern.

So wurden bewilligt die Erhöhung der Biersteuer, der Fracht- und Urkundensteuern, die Zigarettensteuer, die Eisenbahn-Fahrtartensteuer, die Automobilsteuer, die Aufsichtsratsanteile und die Erbschaftsteuer, die Erhöhung des Frachtpreises für Karten und Drucksachen. Trotzdem ist das Reich nach wie vor in der größten Geldverlegenheit. Weiter sind die Matrifularumlagen, d. h. diejenigen Beiträge der Einzelstaaten, welche diese nach Maßgabe der Kopfzahl ihrer Bevölkerung an die Reichskasse zu zahlen haben, soweit die eigenen Einnahmen des Reiches aus Steuern und Anleihen nicht reichen, weit höher angelegt worden, als die sogenannte Finanzreform in Aussicht nahm.

An dieser traurigen Finanzlage des Reiches tragen

**sämtl. bürgerlichen Parteien die Schuld**, da sie dem Reichsetat ihre Zustimmung gaben.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuerquellen befassen muß.

Wir haben die feste Überzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichslasten herangezogen werden. Bisher wurde die bequeme Methode verfolgt, die Lasten des Reiches vorwiegend auf dem Wege der **indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse** aufzubringen. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichslasten getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die Lasten denen auferlegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue Mehraufgaben für Rüstungen und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den eigenen Beutel aber den Daumen zu halten.

Wir fordern die Einführung einer **progressiven Reichs-Einkommensteuer** von allen, die über 5000 Mark Jahreseinkommen haben, und eine **progressive Vermögenssteuer** von allen, die mehr als 50000 Mark Vermögen besitzen. Des weitern fordern wir den Ausbau der **Reichs-Erbschaftsteuer**, die statt der 36 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Rechtigkeit mehr als das sechsfache ergeben kann.

Werden diejenigen, die bisher die Hauptträger der Reichspolitik gewesen sind, ihren großen patriotischen Worten entsprechend auch zu den Opfern herangezogen — wir sind überzeugt, sie werden andere Saiten aufziehen.

Die besitzende Klasse in Deutschland weiß sich von den Lasten zu brüden. Aber nicht allein, daß die Ausgaben des Reiches durch die indirekten Steuern und Zölle aufgebracht werden müssen. Nein, den Löwenanteil bekommen die Großgrundbesitzer. Neben den Einnahmen des Reiches muß der Steuerzahler mindestens **600 bis 700 Millionen Mark aufbringen, die in die Taschen der Großgrundbesitzer fließen.**

Der englische Arbeiter wird uns von den Besitzenden immer als Muster vorgehalten. Nun, wir haben alle Ursache, das Gleiche zu tun und der herrschenden Klasse vorzuhalten, daß man in England zwar auch hohe Steuerlasten hat, diese aber nicht von den Armen, sondern von den Reichen getragen werden.

Die englische Bourgeoisie bringt, trotzdem England 18 Millionen Einwohner weniger aufweist wie Deutschland, den vierfachen Betrag an direkten Steuern auf, wie unsere Patrioten. Dort wird nicht das Einkommen von 900 Mark an versteuert, sondern erst von 3000 Mark an. Die Löhne der englischen Arbeiter sind bedeutend höher wie die ihrer Kollegen in Deutschland, und doch brauchen sie nicht wie jene die hohen Zölle auf Getreide, Fleisch, Butter u. s. w. zu zahlen. Das alles zahlt der englische Arbeiter nicht, er lebt bedeutend stilliger wie der deutsche.

Als der Burenkrieg die Schuldenlast der Nation bedeutend erhöht hatte, da erhöhte man zunächst die Einkommensteuer, dann aber sagten die Besitzenden, etwas müssen die Arbeiter auch zahlen, wir wollen Getreidezölle einführen. Man nahm aber keine 5 1/2 Mark pro Doppelzentner, wie die deutsche Regierung, sondern begnügte sich mit 50 Pfg., dem elften Teil des deutschen Zolles und nach zwei Jahren wurde derselbe wieder abgeschafft. Dabei behauptet Billow und die bürgerlichen Parteien geben eifrig damit freies, daß es keinen Etat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das deutsche Reich.

Was hat man für den deutschen Arbeiter getan? Man hat ihm das Brot und Fleisch verteuert! Durch die indirekten Steuern hat man seine Lebenshaltung heruntergedrückt! Er wird als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, indem man ihm das Wahlrecht zum Landtag nimmt und durch Streikverbotsgesetze seine Bewegungsfreiheit hindert. Was ist aber die Sozialreform, mit welcher man sich im Wahlkampfe zu brüsten versteht?

Die Regierung entsandte im Jahre 1905 einige Regierungskommissare durchs Rheinland, um nachprüfen zu lassen, inwieweit die Rentenquerstiche hier angelegt werden könnte.

Die teure Reise hat sich gut bezahlt gemacht. Es gingen bis 1. Dez. 1906

### 2708 Invalidenanträge weniger ein

wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Entzogen wurde bis 3. Dezember die

### Invaliden-Rente 1000 Personen

gegen 682 des ganzen Jahres 1905. Zu diesen 1000 kommen also noch die Entziehungen vom Monat Dezember. Trotz der steigenden Mitgliederzahl der Versicherungsanstalt — die Einnahmen an Beitragsmarken fliegen in den 11 Monaten um eine Million Mark — wurden die Invalidenrenten im Rheinland um 3126 heruntergedrückt.

## Fürwahr eine herrliche mübertreffliche Sozialpolitik!

für welche die Sozialdemokratie allerdings kein Verständnis besitzt.

Von den Gegnern wird gegen die Sozialdemokratie der Vorwurf erhoben. Die Sozialdemokratie habe nicht nur nichts zum Zustandekommen der sozialen Gesetzgebung beigetragen, sondern sogar gegen alle Gesetze gestimmt, welche heute so segensreiche Wirkungen zeigen.

Welche herrliche Ausrede!

Weil der Sozialdemokratie das Gebotene zu gering, weil mehr zu tun die Pflicht des Staates und der Unternehmer sei, weil ihre auf Verbesserung der Regierungsvorlagen hinzielenden Entwürfe und Anträge der höhnischen Ablehnung dieser einzig wahren Arbeiterfreunde verfielen, deshalb allein votierte damals die Sozialdemokratie gegen diesen scheinheiligen Arbeiterbeschuss und wie wenig ihr diese allein richtige Stellungnahme im deutschen Volke geschadet, ist aus dem ungeheuren Stimmenzuwachs wohl am besten ersichtlich, den die so überaus arbeiterfeindliche Sozialdemokratie von Wahlperiode zu Wahlperiode aufzuweisen hatte und welche sich bei der letzten Reichstagswahl auf über 3 Millionen Stimmen belief.

Man verschweig aber geflissentlich, daß die Sozialdemokratie noch keine Session vorübergehen läßt, wo sie nicht Anträge und Entwürfe zu den bestehenden Arbeiterschuss- und Arbeiterversicherungsgeetzen einbringt und in energischer Weise begründet und vertritt. Da sind es in der Hauptsache die „wahren Arbeiterfreunde“, welche diese Anträge als zu weitgehend bekämpfen und niederstimmen helfen und sich dann scheinheilig an das Volk wenden und die Sozialdemokratie beschuldigen, daß sie keine positive Arbeit leiste.

Diese Vorwürfe sind wie gesagt so alt, daß man sich eigentlich wundern muß, daß ernsthafte Politiker noch den Mut haben, diesen hundertfach widerlegten Schwindel aufzuwärmen.

### Wie steht es aber mit unserer Sozialreform?

Bei Beratung der Steuergesetze, als es wieder über die Geldbeutel der Arbeiter und kleinen Leute herging, rief der wadere Rheinbaben, Preußens glorreicher Finanzminister, mit großem Nachdruck aus: „Es werden für die Arbeiterversicherung im

Deutschen Reich jeden Tag anderthalb Millionen Mark aufgebracht, und zwar geben die Arbeitgeber hiervon nahezu Dreiviertel Millionen Mark für jeden Tag, — eine Leistung, die uns noch kein Land der Erde nachgemacht hat!“ Großartig! Nicht wahr! Aber dieser Theaterdonner verhallt bis auf den letzten Rest, wenn wir fragen, wieviel ein Unternehmer für einen Arbeiter an einem Tage zu zahlen hat. Und hierbei stellt sich heraus, daß ein Unternehmer für einen Industriearbeiter für alle drei Versicherungszweige (Alter, Invalidität und Unfall) zusammen noch nicht 10 Pfg. täglich, und für einen landwirtschaftlichen Arbeiter gar noch nicht 4 Pfg. täglich an sozialen „Kassen“ zu tragen hat. Das macht im Jahre 36.50 bzw. 14.60 M., die die besitzende Klasse an die besitzlose zahlt, während die besitzlose Klasse an die besitzende jährlich 100 Mark pro Familie durch die indirekten Steuern zu leisten hat. So sieht die kapitalistische Sozialreform aus. Sie gibt den Arbeitern mit Löffeln, um ihnen mit Schefkeln zu nehmen.

Und daneben vergleiche man die Opfer, die jahraus, jahrein in Deutschland auf dem Schlachtfelde der Arbeit stumm dahinsinken. Die bürgerliche Presse weiß des Mühen kein Ende von den 2000 deutschen Soldaten, die innerhalb dreier Jahre in Südwestafrika gefallen oder an Seuchen gestorben sind. Um jeden Mann ist es schade, der dort fällt. Aber was bedeuten diese 2000 Proletarier im Waffenrock im Vergleich mit den 24 000 Proletariern im Arbeitsrock, die in derselben Zeit in Deutschland auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen sind. Allein das Jahr 1904 zählte 583 965 bei der Arbeit verletzte Arbeiter, von diesen büßten 8752 ihr Leben ein. Wer spricht von ihnen? Wer spricht von dieser grauenhaften Menschenbetäubung, die jahraus, jahrein auf dem blutigen Altar des Kapitalismus abgeschlachtet wird? Die herrschenden Klassen betrachten es als selbstverständlich, daß sich die unterdrückten Massen ihnen zu opfern haben, betrachten es als derart selbstverständlich, daß sie kein Wort darüber verlieren. Nur wenn sich aus dem Fleisch und Blut der hingemorgelten Proletarier noch ein politischer Profit heraus schlagen läßt, wie jetzt in Südwestafrika, dann plötzlich ertönt das Lied von den „Heldenjungen“ und „unseren tapferen Jungens“, die alles fürs „Vaterland“ opfern. Glende Heuchler!

Doch damit ist die Infamie der bestehenden Zustände noch keineswegs erschöpft. Bisher zahlte das Reich zu jeder Alters- und Invalidenrente einen Zuschuß von jährlich 50 M. Im Jahre 1902 wurde an 142 780 Personen Invalidenrente bewilligt, und ein Jahr später an 152 871. Das war zuviel für den Staat, wo dem Arbeiter die berühmte „geschickte Ersparnis“ blüht. Die Ausgaben für das Heer stiegen in den Jahren 1903 bis 1906 von 659 auf 742 Millionen, für die Marine von 224 auf 265 Millionen. Könnten zu diesen Mehrkosten nicht auch die Invaliden der Arbeit beitragen? Und nun ging es an ein Neubieren und Instruieren und bald fand man heraus, daß man Leuten, die statt weniger als ein Drittel noch mindestens vierunddreißig Hundertstel der Erwerbsfähigkeit besaßen, Renten bewilligt hatte. Diesen wurde die Rente entzogen. Die Rentenquerstiche arbeitete wie nie. 1904 wurden nur noch 140 092 Renten bewilligt, 1905 noch 122 869, und für 1906 hoffte man die Zahl der neu bewilligten Renten auf 112 000 heruntergequerscht zu haben. Der Etat für 1907 verlangt 827 250 M. weniger an Reichszuschuß für Invalidenrente, als das Vorjahr!

**827 250 M. gespart! Gespart auf Kosten der Aermsten! der Invaliden der Arbeit. Zugunsten von Heer und Flotte! Wahelich! Eine furchtbarere Anklage dieser kapitalistischen Sozialreform ist nicht denkbar!**

Kein Arbeiter der denken gelernt hat, wird auf die Wägschen der Schwindler hineinfallen. Für die Arbeiterschaft gibt es nur eine Rettung, die der Sozialdemokratie!

Aber auch Ihr Handwerker, Landwirte und Beamte dürft nur einem Sozialdemokraten eure Stimme geben. Ihr seuzt ebenso unter dem Druck der Steuerlasten wie der Arbeiter. Sämtliche bürgerlichen Kandidaten aber sind gewillt der Regierung neue Millionen zur Aufrechterhaltung der Weltmachtspolitik zu bewilligen. Diese Bewilligungen aber ziehen neue Steuerlasten nach sich.

Der Landwirt unseres Industriebezirks hat keinen Vorteil von den Fällern, im Gegenteil sie verteuern, ihm das Vieh und die Futtermittel, sowie feinsten Reine haltung. Nur allein die Junker streichen die Profite ein, welche den unteren Klassen erpreßt wurden.

**Deshalb könnt Ihr Arbeiter, Handwerker und Landwirte mit ruhigem Gewissen am 25. Januar Euer Wahlrecht ausüben und Eure Stimme vereinigen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie**

# Karl Meist

Zigarrenhändler, Köln-Chrenfeld.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Zur Beachtung für die Wähler!

Die Wahl findet am 25. Januar, vorm. von 10 bis 7 Uhr abends statt und wird pünktlich ohne Rücksicht auf eventuell noch Anwesenheit geschlossen. Man gehe deshalb frühzeitig zur Wahl, um nicht schließlich das Wahlrecht zu verlieren. Die Wahl ist geheim. Mit dem empfangenen Wahlzettel verfügt sich der Wähler in den in jedem Wahllokale vorhandenen Isolierraum, wo er unbeachtet von jedermann den Stimmzettel in das Kuvert steckt und darauf am Wahllokal abdeliefert. Wahlbeeinflussung irgenb welcher Art ist sofort dem Wahlkomitee Adresse: „Rheinischer Arbeiter-Zeitung“, Neustraße 2) zu melden.

Die Wahl findet am 25. Januar, vorm. von 10 bis 7 Uhr abends statt und wird pünktlich ohne Rücksicht auf eventuell noch Anwesenheit geschlossen. Man gehe deshalb frühzeitig zur Wahl, um nicht schließlich das Wahlrecht zu verlieren. Die Wahl ist geheim. Mit dem empfangenen Wahlzettel verfügt sich der Wähler in den in jedem Wahllokale vorhandenen Isolierraum, wo er unbeachtet von jedermann den Stimmzettel in das Kuvert steckt und darauf am Wahllokal abdeliefert. Wahlbeeinflussung irgenb welcher Art ist sofort dem Wahlkomitee Adresse: „Rheinischer Arbeiter-Zeitung“, Neustraße 2) zu melden.

Was hat man für den deutschen Arbeiter getan? Man hat ihm das Brot und Fleisch verteuert! Durch die indirekten Steuern hat man seine Lebenshaltung heruntergedrückt! Er wird als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, indem man ihm das Wahlrecht zum Landtag nimmt und durch Anhebungsgeetze seine Bewegungsfreiheit hindert. Was ist aber die Sozialreform, mit welcher man sich im Wahlkampf zu brüsten versteht?

Die Regierung entwarf im Jahre 1905 einige Regierungskommissare durchs Rheinland, um nachprüfen zu lassen, inwieweit die Rentenquerische hier angelegt werden könnte.

Die teure Reise hat sich gut bezahlt gemacht. Es gingen bis 1. Dez. 1906

## 2708 Invalidenträge weniger ein

wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Entzogen wurde bis 3. Dezember die

## Invalident-Rente 1000 Personen

gegen 682 des ganzen Jahres 1905. Zu diesen 1000 kommen also noch die Entziehungen vom Monat Dezember. Trotz der steigenden Mitgliederzahl der Versicherungsanstalt — die Einnahmen an Beitragsmarken stiegen in den 11 Monaten um eine Million Mark — wurden die Invalidentrenten im Rheinland um 3126 heruntergedrückt.

## Fürwahr eine herrliche mübertreffliche Sozialpolitik!

für welche die Sozialdemokratie allerdings kein Verständnis besitzt.

Von den Gegnern wird gegen die Sozialdemokratie der Vorwurf erhoben, dass sie die Sozialdemokratie habe nicht nur nichts zum Zustandekommen der sozialen tragen, sondern sogar alle Geetze gestimmt, welche heute so segensreich

Welche herrliche Ausrede!

Weil der Sozialdemokratie das Gebotene zu gering tun die Pflicht des Staates und der Unternehmer sei, weil die Verbesserung der Regierungsvorlagen hinzielenden Entwürfe in höhnischen Ablehnung dieser einzig wahren Arbeiterfreunde von allein votierte damals die Sozialdemokratie gegen diesen Arbeiterfeind und wie wenig ihr diese allein richtige Stellungnahme in geschadet, ist aus dem ungeheuren Stimmengewinn wohl am besten ersichtlich. Überaus arbeiterfeindliche Sozialdemokratie von Wahlperiode zu Wahlperiode hatte und welche sich bei der letzten Reichstagswahl auf über 8 Millionen Stimmen belief.

Man verspricht aber geflissentlich, daß die Sozialdemokratie vorübergehen läßt, wo sie nicht Anträge und Entwürfe stehenden Arbeiterschutz und Arbeiterversicherungs bringt und in energischer Weise begründet und verteidigt es in der Hauptsache die „wahren Arbeiterfreunde“, welche diese Anträge ablehnen und niederstimmen helfen und sich dann scheinbar wenden und die Sozialdemokratie beschuldigen, daß sie keine positive Arbeit tue. Diese Vorwürfe sind wie gesagt so alt, daß man sich eigentlich über diese unehrliche Politik noch den Mut haben, diesen hundertfach wider aufzuwärmen.

## Wie steht es aber mit unserer Sozialpolitik?

Bei Beratung der Steuergeetze, als es wieder über die Geldbesitzer und kleinen Leute herging, rief der wadere Rheinbaben, Preußens glänzender Minister, mit großem Nachdruck aus: „Es werden für die Arbeiter

Deutsches Reich jeden Tag anderthalb Millionen Mark aufgebracht, und zwar geben die Arbeitgeber hiervon nahezu Dreiviertel Millionen Mark für jeden Tag, — eine Leistung, die uns noch kein Land der Erde nachgemacht hat!“ Großartig! Nicht wahr! Aber dieser Theaterdonner verhallt bis auf den letzten Rest, wenn wir fragen, wieviel ein Unternehmer für einen Arbeiter an einem Tage zu zahlen hat. Und hierbei stellt sich heraus, daß ein Unternehmer für einen Industriearbeiter für alle drei Versicherungsweige (Alter, Invalidität und Unfall) zusammen noch nicht 10 Pfg. täglich, und für einen landwirtschaftlichen Arbeiter gar noch nicht 4 Pfg. täglich an sozialen „Lasten“ zu tragen hat. Das macht im Jahre 36.50 bzw. 14.60 Mk., die die besitzende Klasse an die besitzlose zahlt, während die besitzlose Klasse an die besitzende jährlich 100 Mark pro Familie durch die indirekten Steuern zu leisten hat. So sieht die kapitalistische Sozialreform aus. Sie gibt den Arbeitern mit Löffeln, um ihnen mit Schepfeln zu nehmen.

Und daneben vergleiche man die Opfer, die jahraus, jahrein in Deutschland auf dem Schlachtfelde der Arbeit stumm dahinsinken. Die bürgerliche Presse weiß des Räthnens kein Ende von den 2000 deutschen Soldaten, die innerhalb dreier Jahre in Südwestafrika gefallen oder an Seuchen gestorben sind. Um jeden Mann ist es schade, der dort fällt. Aber was bedeuten diese 2000 Proletarier im Waffenrod im Vergleich mit den 24 000 Proletariern im Arbeitsrod, die in derselben Zeit in Deutschland auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen sind. Allein das Jahr 1904 zählte 583 965 bei der Arbeit verletzte Arbeiter, von diesen büßten 8752 ihr Leben ein. Wer spricht von ihnen? Wer spricht von dieser grauenhaften Menschenhetz, die jahraus, jahrein auf dem blutigen Altar des Kapitalismus abgeschlachtet wird? Die herrschenden Klassen betrachten es als selbstverständlich, die unterdrückten Massen ihnen zu opfern haben, betrachten es selbstverständlich, daß sie kein Wort darüber verlieren. Nur wenn sich aus dem Blut der hingemordeten Proletarier noch ein politischer Profit heraushebt in Südwestafrika, dann plötzlich ertönt das Lied von den „heldenbraven tapferen Jungens“, die alles fürs „Vaterland“ opfern. Glende

ist die Infamie der bestehenden Zustände noch keineswegs erschöpft. Reich zu jeder Alters- und Invalidenrente einen Zuschuß von jährlich 1902 wurde an 142 780 Personen Invalidenrente bewilligt, und ein 871. Das war zuviel für den Staat, wo dem Arbeiter die berühmte blüht. Die Ausgaben für das Heer stiegen in den Jahren 1903 bis 742 Millionen, für die Marine von 224 auf 265 Millionen. Könnten nicht auch die Invaliden der Arbeit beitragen? Und nun ging es an Instruieren und bald fand man heraus, daß man Leuten, die statt mittel noch mindestens vierunddreißig Hundertstel der Erwerbsfähigkeit verliert hatte. Diesen wurde die Rente entzogen. Die Rentenquerische 1904 wurden nur noch 140 092 Renten bewilligt, 1905 noch 122 869, man die Zahl der neu bewilligten Renten auf 112 000 herunter. Der Etat für 1907 verlangt 827 250 Mk. weniger an Reichszuschuß als das Vorjahr!

M. gepart! Gepart auf Kosten der Aermsten! der Ju. eit. Ingunsten von Heer und Flotte! Wahrscheinlich! Eine lage dieser kapitalistischen Sozialreform ist nicht denkbar!

ter der denken gelernt hat, wird auf die Mühen der Schwindler Arbeitererschaft gibt es nur eine Vertreibung, die der Sozialdemokratie!

Ihr Handwerker, Landwirte und Beamte dürft nur einem Sozial- timme geben. Ihr seuzt ebenso unter dem Drucke der Steuerlasten Sämtliche bürgerlichen Kandidaten aber sind gewillt der Regierung r Aufrechterhaltung der Weltmachtspolitik zu bewilligen. Diese ziehen neue Steuerlasten nach sich.

trt unsers Industriebezirks hat keinen Vorteil von den Hällen. in rn, ihm das Weh und die Futtermittel, sowie keine eigene i die Junker streichen die Profite ein, welche den unteren Klassen



Deshalb könnt Ihr Arbeiter, Handwerker und Landwirte mit ruhigem Gewissen eure Stimme vereinigen auf die Güter Wahlrecht ausüben und der Sozialdemokratie

# Karl Meist

Zigarrenhändler, Köln-Chrenfeld.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Zur Beachtung für die Wähler!

Die Wahl ist geheim. Mit dem empfangenen Wahlklorett verfügt sich der Wähler in den in jedem Wahllokale vorhandenen Isolerraum, wo er unbeachtet von jedermann den Stimmzettel in das Klovertt steckt und darauf am Wahlklorett abklebt. Wahlbeeinflussung irgend welcher Art ist sofort dem Wahlkomitee (Adresse: „Rheinischer Arbeiter-Zeitung“, Neustraße 2) zu melden.

Die Wahl findet am 25. Januar, vorm. von 10 bis 7 Uhr abends statt und wird pünktlich ohne Rücksicht auf eventuell noch Anwesende geschlossen. Man gehe deshalb frühzeitig zur Wahl, um nicht schließlich das Wahlrecht zu verlieren. Die Wahl ist geheim. Mit dem empfangenen Wahlklorett verfügt sich der Wähler in den in jedem Wahllokale vorhandenen Isolerraum, wo er unbeachtet von jedermann den Stimmzettel in das Klovertt steckt und darauf am Wahlklorett abklebt. Wahlbeeinflussung irgend welcher Art ist sofort dem Wahlkomitee (Adresse: „Rheinischer Arbeiter-Zeitung“, Neustraße 2) zu melden.